

Umgang mit der AfD

Der AfD muss man keine Ratschläge geben. Schon gar nicht muss man sie vor sich selbst warnen. Wenn sie so weitermacht wie zu Beginn der neuen Legislaturperiode, vor allen in den Bezirken, werden ihre Anhänger noch einmal darüber nachdenken müssen, wie sinnvoll es war, Protest statt Politik zu wählen.

In Lichtenberg will die AfD jemand zum Stadtrat machen, der unter dem Verdacht der Volksverhetzung steht, ein Vorwurf, der vielleicht in einigen Kreisen als salonfähig gilt, in Neukölln zeigt die Fraktion schon erste Auflösungserscheinungen, von ursprünglich acht sind es jetzt noch sieben Mitglieder, noch einer weniger und die Frage, wen sie zum Stadtrat berufen wollen, hat sich erledigt, weil dann nämlich der Linken ein Sitz im Bezirksamt zustehen würde. In Tempelhof-Schöneberg überraschte die AfD mit einer Klage vor dem Verfassungsgerichtshof von Berlin, ihr gefiel das Verfahren nicht, nach welchem die fünf Sitze im Bezirksamt verteilt werden sollten. Noch während der BVV-Sitzung entschied das Gericht gegen die AfD und den damit verbundenen Wunsch, einen Stadtrat zu Lasten der Grünen abzubekommen.

Wie gehen aber nun die anderen Parteien mit der AfD um? Nicht sehr professionell, wie ich meine. Der größte Fehler ist, die Partei in die Märtyrer-Ecke zu stellen. Das schafft unnötige Solidarität der Wählerschaft und kann fürchterlich nach Hinten losgehen. Anders als die Piraten-Partei, wird die AfD keine One-Term-Party sein, dazu ist sie inzwischen deutschlandweit zu sehr verankert.

Parteien, die die Wähler für überflüssig halten, werden abgewählt. Das hat die FDP in der Vergangenheit dramatisch erfahren. Dass sie sich in Berlin mit einem nicht einzuhaltenden Versprechen wieder ins Parlament katapultierte, zeigt, wie unbedarft der eine oder andere Wähler ist. Tegel wird vom Netz gehen, FDP hin oder her.

Nach den Wahlen stehen den Parteien nach ihrer prozentualen Stärke Sitze in den Gremien zu. Im Vorstand der BVV oder im Bezirksamt, aber auch bei den Ausschüssen. In **Charlottenburg-Wilmersdorf** hatte die AfD mit 9,7% und 5 Mandaten keinen Anspruch auf einen Stadtratsposten. Ebenso nicht in **Friedrichshain-Kreuzberg**, wo sie mit 6,2% und drei Mandaten Berlinweit das schlechteste Ergebnis erzielte. Keine Chance auch in **Mitte** mit 9,9% und 5 Mandaten. In **Steglitz-Zehlendorf** mit 10,5% und 5

Mandaten und **Tempelhof-Schöneberg** mit 11,1% und 6 Mandaten wurde es schon enger. In **Lichtenberg** 19,2% 12 Mandate und **Spandau** 16,0% und 9 Mandate, steht der AfD jeweils ein Bezirksamtsmitglied zu. Die Wahl des Bezirksamtes steht noch aus.

In **Pankow** 13,3% 8 Mandate, hat man der AfD die Ressorts Ordnungsamt, Umwelt- und Naturschutzamt reserviert. In **Neukölln** 12,7% und 8 Mandate nur das Umwelt- und Naturschutzamt. Gewählt wurden in Pankow und Neukölln die AfD-Bewerber noch nicht. Lediglich in **Marzahn-Hellersdorf** 23,2% 15 Mandate, **Reinickendorf** 14,4% 8 Mandate und **Treptow-Köpenick** 20,1% 12 Mandate, haben es die AfD Kandidaten schon ins Bezirksamt geschafft. Thomas Braun ist in Marzahn-Hellersdorf sogar stellvertretender Bezirksbürgermeister und zusätzlich nur für das Bürgeramt zuständig. Sebastian Mack in Reinickendorf – nun raten Sie mal – leitet das Bürger- und Ordnungsamt. Große Überraschung in Treptow-Köpenick, da ist Bernd Geschanowski für Gesundheit, Umwelt- und Naturschutz verantwortlich.

Der AfD Umwelt und Natur, Bürgerdienste und Ordnungsamt zu übertragen, halten die anderen Parteien offenbar für einen genialen Schachzug. Das Umwelt- und Naturschutzamt ist immerhin für den Lärmschutz bei öffentlichen Veranstaltungen zuständig. Zum Ordnungsamt gehört die Straßenverkehrsbehörde, da geht es beispielsweise um Absperrungen, aber auch um die Parkraumbewirtschaftung, Gewerbe, Wirtschaftsordnung, Märkte, Veterinär- und Lebensmittelaufsicht. Und bei Bürgeramt um Staatsangehörigkeitsangelegenheiten und Wahlen, wozu auch die Volksentscheide gehören. Aus diesen Ämtern kann man viel machen, eine gute Öffentlichkeitsarbeit ableiten. Wenn die AfD-Stadträte fit sind, werden wir viel von ihnen hören. Die AfD muss liefern und sie wird es.

Es nützt nichts, die AfD im politischen Alltag auszugrenzen. Eine Zusammenarbeit, ob man das will oder nicht, ergibt sich automatisch aus dem Ablauf der Tätigkeiten in einem Bezirk. Gemeinsame Anträge sind ein Tabu, dieser bedarf es aber gar nicht. Man kommt an der AfD nicht vorbei. Soll man sich abwenden und ihnen ein Kreuz entgegenhalten, wenn sie einen ansprechen? Man muss sie politisch stellen. Das wird nicht einfach, denn einige der Kommunalpolitiker der anderen Parteien sind auch nicht gerade die hellsten Kerzen am Weihnachtsbaum.

Ed Koch